

Arbeitsmarkt

Leiharbeit soll Unternehmen helfen, flexibel auf die Auftragslage reagieren zu können. Für viele Beschäftigte ist das Instrument allerdings nicht besonders vorteilhaft. In einer Branche ist das allerdings anders.

Seit 2011 arbeitet Marvin Hütther bei Volkswagen in Wolfsburg. Anders als seine Kolleginnen und Kollegen war der heute 28-Jährige aber viele Jahre nicht direkt bei VW angestellt. Hütther war Leiharbeiter. Die Folge: Für die gleiche Arbeit verdiente er deutlich weniger. Damals war das der Mindestlohn, acht Euro die Stunde. „Als Leiharbeiter ist man der letzte Mann in der Kette“, erzählt Hütther heute. Er habe sich benachteiligt gefühlt, der Druck sei groß gewesen. „Du kannst jederzeit rausgeworfen werden.“

Wie Hütther geht es rund 781.300 Menschen in Deutschland (Stand April 2022). Als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdienen sie je nach Branche bis zu 40 Prozent weniger als die Stammbeslegschaft. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervor, die der FR vorliegt.

Weniger Gehalt, dafür mehr Urlaub und Freizeit?

„Es gibt eine starke Ausgrenzung“, sagt Wolfgang Däubler. Der renommierte Arbeitsrechtler kämpft seit vielen Jahren gegen die Diskriminierung der Leiharbeit. Und das erfolgreich: Im Dezember urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH): Leiharbeitende dürfen zwar schlechter bezahlt werden als die Stammbeslegschaft – aber nur wenn sie dafür einen angemessenen Ausgleich bekommen. „Das ist ein großer Erfolg für Leiharbeiter“, sagt Däubler, der die erfolgreiche Klage beim Gang durch die Instanzen begleitet hatte.

Geklagt hatte eine Frau, die Anfang 2017 bei einem Leiharbeitsunternehmen angestellt war. Dieses überließ sie einem Einzelhandelsunternehmen, wo sie für 9,23 Euro pro Stunde arbeitete. Die Stammbeslegschaft erhielt dagegen 13,64 Euro brutto. Die Frau klagte und forderte eine zusätzliche Vergütung in Höhe der Differenz. Nach dem Gang durch die Instanzen legte das Bundesarbeitsgericht (BAG) den Fall schließlich dem EuGH vor.

Der EuGH entschied nun, dass Leiharbeiter:innen den gleichen Schutz verdienen wie die Stammbeslegschaft. Weichen Tarifverträge wie in Deutschland davon ab, müssen diese Tarifverträge den in der EU-Leiharbeitsrichtlinie vorgesehenen „Gesamt-schutz“ der Leiharbeiter:innen einhalten. Das heißt: Wer weniger verdient, hat Anspruch auf Ausgleich, zum Beispiel in Form zusätzlicher Urlaubstage.

„Die bisherige Praxis in Deutschland ist damit nicht mehr legal“, sagt der Jurist Wolfgang Däubler. Seit 2004 sehen die deutschen Gesetze für Leiharbeitende Equal Pay und Equal Treatment vor, gleichen Lohn und gleiche Bedingungen. Doch die Gewerkschaften und die Arbeitgeber nutzen eine gesetzliche Öffnungs-



Gleiche Arbeit, gleicher Lohn? Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind oft schlechtergestellt als andere Beschäftigte im Unternehmen. IMAGO

Mehr Fairness im Job

Leiharbeitskräfte verdienen häufig weniger als die Stammbeslegschaft. Das regeln Tarifverträge. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs stellt diese Praxis nun infrage / Von Steffen Herrmann

klause, um in Tarifverträgen niedrigere Löhne zu vereinbaren. „Das geht künftig nur noch, wenn die Tarifverträge eine gleichwertige Kompensation vorsehen“, sagt Däubler. Die Arbeitgeberverbände geben sich betont gelassen: Man werde abwarten, wie das Bundesarbeitsgericht auf die EuGH-Entscheidung reagieren werde, teilt der Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) mit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), mit dem die Arbeitgeberverbände die Tarifverträge verhandeln, lehnt ein Gespräch mit der FR zu dem Thema ab: Die zuständige Fachkollegin sei im Urlaub.

Die IG Metall lobt die EuGH-Entscheidung zwar als „gut für die Rechte und den Schutz der Leihbeschäftigten“, betont aber auch, dass der Europäische Gerichtshof „zur speziellen gesetzlichen und tariflichen Situation in Deutschland“ keine Stellung genommen habe. „Hier erwarten wir Konkretisierungen des Bundesarbeitsgerichts mit Blick auf Anforderungen an das Arbeitneh-

merüberlassungsgesetz und Tarifverträge“, sagt ein Sprecher. Ähnlich ist die Position der Bundesregierung, wie Kerstin Griese, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, im Bundestag sagte.

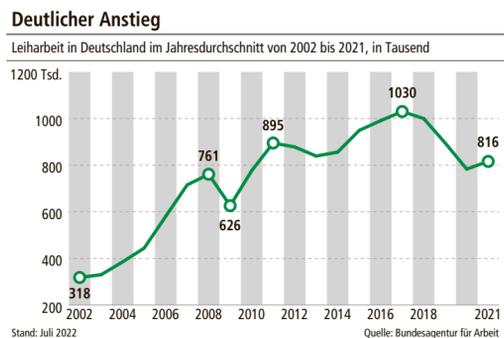
Wolfgang Däubler kritisiert die abwartende Haltung der Gewerkschaften. „Es gibt einzelne Gewerkschafter, die es ganz gut finden, dass Leiharbeiter schlech-

ter gestellt sind beim Lohn und beim Bestandsschutz. Sie sehen die Leiharbeiter als Polster für wirtschaftlich schlechte Zeiten, weil sie da als erste nach Hause geschickt werden. Solidarität sieht anders aus.“

Die Idee der Leiharbeit – auch Zeitarbeit oder Arbeitnehmerüberlassung genannt – kommt aus den USA. Seit 1972 ist sie hierzulande durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) gere-

gelt: Arbeitskräfte werden von einem Verleihunternehmen, bei dem sie angestellt sind, einem anderen Unternehmen für eine bestimmte Zeit überlassen. Mit den Hartz-Gesetzen flexibilisierte die rot-grüne Bundesregierung Anfang der 2000er-Jahre den deutschen Arbeitsmarkt und lockerte auch die Regeln für Leiharbeit. Daraufhin stieg die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter stark an, ihre Löhne lagen meist aber deutlich unter der jeweiligen Stammbeslegschaft. „Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, lobte sich Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 in Davos.

Und heute? Heute arbeiten knapp 61 Prozent der Leiharbeitskräfte in Vollzeit für ein Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle, sie verdienen weniger als 2344 Euro pro Monat. In der Gesamtwirtschaft beziehen dagegen nur knapp 18 Prozent der Beschäftigten einen Niedriglohn. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine



DAS BAROMETER

Der FR-Arbeitsmarktindex (FRAX) ist eine Entwicklung der Frankfurter Rundschau und des Wirtschaftsforschungsinstituts WifoR. Er wurde in enger Abstimmung zwischen Journalist:innen und Forschenden erarbeitet. Grundgedanke ist, dass die Arbeitslosen- und Erwerbstätigenzahlen alleine keine fundierte Bewertung des Arbeitsmarktes ermöglichen. Es kommt ebenfalls auf die Qualität der Arbeit an oder darauf, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können. Der FRAX analysiert deshalb den deutschen Arbeitsmarkt in fünf Kategorien und anhand von 18 Indikatoren, um so zu einem stimmigen Gesamtbild zu kommen. Alle Texte finden Sie auf fr.de/frax auch online. FR

2083

EURO

ist das Medianentgelt einer Leiharbeitskraft pro Monat. Das sind knapp 1500 Euro weniger als der monatliche Bruttoverdienst aller Vollzeitbeschäftigten.

Anfrage der Bundestagsabgeordneten Susanne Fersch (Linkspartei) hervor, die der FR vorliegt.

Die Daten zeigen außerdem: Der Anteil ausländischer Leiharbeitskräfte ist deutlich gestiegen, von 26,6 Prozent im Jahr 2016 auf 43 Prozent im Jahr 2022. Ausländische Leiharbeiter:innen verdienen im Schnitt auch 470 Euro pro Monat weniger als deutsche Leiharbeitskräfte.

Für Susanne Fersch ist nun die Ampel-Koalition gefordert: „Die Bundesregierung muss eine gesetzliche Klarstellung auf den Weg bringen und die Tariföffnungsklausel im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz streichen.“ Theoretisch bedeute das EuGH-Urteil für die einzelnen Beschäftigten zwar eine Verbesserung, sagt die Politikerin der Linkspartei zur FR. Ohne eine gesetzliche Klarstellung werde das aber in der Praxis kaum eine Auswirkung haben, denn jede und jeder Leiharbeitsbeschäftigte müsste individuell auf Gleichbehandlung klagen. Aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis passiere das allerdings so gut wie nie. „Das Nicht-Handeln der Bundesregierung verlängert die europarechtswidrige Ausbeutung der Leiharbeitsbeschäftigten.“

Das Bundesarbeitsgericht soll sein Urteil zur Leiharbeit am 31. Mai fällen. Aber auch dann werden einige Fragen offen bleiben: Wie könnte der Ausgleich aussehen, damit der Gesamtschutz bei niedrigeren Löhnen gewahrt ist? Jurist:innen rätseln auch, welche Folgen der konkrete Vergleich im Einzelfall hat, den der EuGH fordert. Und, vielleicht die wichtigste Frage: Verliert die Leiharbeit durch die Kompensation an Attraktivität für Unternehmen?

Marvin Hütther jedenfalls hat den Absprung geschafft. Seit 2017 arbeitet er festangestellt bei Volkswagen. Unter seine Zeit als Leiharbeiter zieht er ein gemischtes Fazit, trotz Druck, niedrigerem Lohn und Angst vor dem Jobverlust: „Die Leiharbeit ist nicht schlecht für Leute mit wenig Bildung, um in Firmen wie VW hineinzurutschen.“ Kommentar: Seite 11



BESCHÄFTIGUNG

Nach einem Plus in den Vormonaten steht vor der Beschäftigung nun ein Minus: Um 0,5 Punkte verschlechtert sich diese Kategorie im vierten Quartal 2022. Der wichtigste Grund dafür: Die Arbeitslosigkeit steigt um knapp vier Prozent. Gut 2,5 Millionen Menschen waren Ende 2022 ohne Job, etwa 100.000 Menschen mehr als im Vorjahresquartal. Ein anderer Trend dämpft den Zuwachs bei der Arbeitslosigkeit: Denn gleichzeitig legte die Zahl der Erwerbstätigen zu um 540.000 Personen auf 45,7 Millionen Menschen. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag im vierten Quartal bei 15,2 Milliarden Stunden – das waren 111 Millionen weniger als im Vorjahresquartal. sbh

ZUGANGSCHANCEN

Diese Kategorie war mal das Sorgenkind des FRAX; der Pfeil zeigte regelmäßig nach unten. In den zurückliegenden beiden Quartalen war das anders. Der Weg auf den Arbeitsmarkt gelingt leichter, die Zugangschancen legen im vierten Quartal um 3,7 Punkte zu. Vor allem bei den Langzeitarbeitslosen sieht es gut aus, also allen Menschen, die länger als ein Jahr ohne Job sind. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ging im vierten Quartal zurück: von 40,8 Prozent auf 34,7 Prozent. Auch positiv: Die Arbeitslosigkeit der Randaltersgruppen sank leicht und lag zuletzt bei 32,5 Prozent. Vor allem den Über-54-Jährigen gelang es besser, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. sbh

ARBEITSBEDINGUNGEN

Die gute Entwicklung bei den Arbeitsbedingungen schwächt das Minus, das vor dem FRAX insgesamt steht, etwas ab. Die Kategorie legte im vierten Quartal 2022 um 2,8 Punkte zu. Es verbesserten sich vor allem die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz. Ein Beispiel: Etwa 14 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gaben an, keine emotionale Bindung zu ihrem Arbeitgeber zu haben. Das sind weniger als noch im vierten Quartal 2021. Ist das eine Folge der Rückkehr aus dem Homeoffice in den Betrieb? Dafür spricht auch, dass die Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle um 64.000 Unfälle angestiegen ist. Das ist eine Zunahme von knapp sieben Prozent. sbh

AUSBILDUNG

Weiter bergab geht es bei der Kategorie der Ausbildung. Das liegt vor allem daran, dass die Übernahmekosten von Auszubildenden wahrscheinlich bei 72 Prozent liegen wird. Im Vorjahresquartal hatten die Fachleute die Situation noch viel besser eingeschätzt. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt verbesserte sich dagegen leicht. Im vierten Quartal kamen auf 100 Bewerberinnen und Bewerber rund 101,6 Ausbildungsplatzangebote. Insgesamt wurden im gesamten Jahr 2022 rund 475.000 Ausbildungsverträge unterschrieben. Das waren etwas mehr als im Vorjahr, aber noch deutlich weniger als in den Jahren vor der Corona-Pandemie. sbh

EINKOMMEN

Die Inflation spielt inzwischen auch beim FRAX eine dominante Rolle. Die Preissteigerungen sorgen für eine deutliche Verschlechterung der Einkommensentwicklung um fünf Punkte. Der Bruttoverdienst legte im vierten Quartal zwar um 6,4 Prozent zu. Der Zuwachs bei den Löhnen reichte aber nicht, um den Anstieg der Verbraucherpreise zu kompensieren, die um 8,6 Prozent zulegten. Die Folge: Der Reallohnindex sank deutlich, die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger ließ nach. Positiv dagegen ist, dass die Zahl der Aufstocker:innen zurückgegangen sind. Das sind Menschen, die zwar arbeiten, aber noch deutlich weniger als in den Jahren vor der Corona-Pandemie beziehen. sbh

Leiharbeit in der Pflege boomt

Immer mehr Fachkräfte sind nicht mehr direkt bei Kliniken und Heimen angestellt

VON STEFFEN HERRMANN

Für viele Menschen ist die Leiharbeit unattraktiv: Die Löhne sind niedriger, die Arbeitsbedingungen häufig schlechter. In der Pflege ist das anders: Immer mehr Pflegerinnen und Pfleger zieht es in die Leiharbeit. Dort verdienen sie mehr Geld, können sich ihre Arbeitszeit besser einteilen und müssen weniger Nacht- oder Wochenendschichten übernehmen. Das setzt Verbände und auch die Politik unter Druck.

Von 2015 bis 2022 hat sich der Anteil von Leiharbeitskräften an allen Beschäftigten knapp verdoppelt in medizinischen Gesundheitsberufen (zu denen die Pflege gehört), wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei im Bundestag hervorgeht. Laut der „Süddeutschen Zeitung“ legte die Zahl der Leiharbeitenden in der Pflege im vergangenen Jahr nochmal sprunghaft zu: um fast zehn Prozent in der Krankenpflege und um 23 Prozent in der Altenpflege. Insgesamt ist der Anteil zwar noch gering, aber er wächst schnell.

Die Daten zeigen auch: Während die meisten Leiharbeitskräfte im Schnitt weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen des Stammpersonals, ist es in der Pflege anders. Das Medianentgelt von Leiharbeiter:innen in medizinischen Gesundheitsberufen ist 13,1 Prozent höher. Sie verdienen monatlich 467 Euro mehr.

Die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind begehrt in der Pflege, weil der Personalmangel



Für viele Pflegekräfte ist die Leiharbeit attraktiv. DPA

ohne sie ein noch größeres Problem werden würde. Laut dem Berufsverband für Pflegeberufe sind derzeit knapp 200.000 Vollzeitkräfte zu wenig in der Pflege beschäftigt. Die unbesetzten Stellen sind das eine Problem. Das andere: die hohe Krankheitsquote. Pflegekräfte sind häufiger krank als Beschäftigte in anderen Branchen. 25,8 Tage waren Altenpflegekräfte 2021 im Durchschnitt krankgeschrieben, wie die Techniker Krankenkasse ausgewertet hat. Das waren rund zwölf Tage mehr im Jahr als Berufstätige insgesamt (13,9 Tage).

Von dieser Situation profitieren die Leiharbeitskräfte – und auch die Unternehmen, die sie den Pflegeheimen und Kranken-

häusern überlassen. Die wiederum beklagen sich: „Leiharbeit im Krankenhaus entwickelt sich von der Ausnahme zum Regelfall“, warnte die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) im Februar. Immer mehr Beschäftigte wanderten in die Leiharbeit ab, „so dass sich eine Spirale entwickelte, deren Ende ohne Eingriffe nicht absehbar ist“.

Für die Arbeitgeber steigen vor allem die Kosten: Eine Leiharbeitskraft kostet sie rund 108.500 Euro im Jahr. Eine festangestellte Tarifkraft (Stufe P-7) dagegen nur rund 60.000 Euro. Insgesamt verursacht die zunehmende Leiharbeit so Mehrkosten von mehr als 606 Millionen Euro, wie die Unionsfraktion im Bundestag

laut „Süddeutscher Zeitung“ errechnet hat.

Von vielen Seiten kommt deshalb die Forderung an Gesundheitsminister Karl Lauterbach: Leiharbeit solle beschränkt werden. Tatsächlich will auch der SPD-Politiker die Leiharbeit eindämmen – allerdings nur in Pflege- und Seniorenheimen, nicht in Krankenhäusern.

„4500 Euro sollten es sein“

Laut einem Gesetzesentwurf für die Pflegereform von Mitte März dürfen Pflegeeinrichtungen künftig die Mehrkosten für den Einsatz von Leiharbeitenden nicht den Pflegekassen in Rechnung stellen. Abgerechnet werden dürfen maximal die in der Branche üblichen Tariflöhne. Auch Vermittlungsgebühren für die Zeitarbeitsfirmen dürfen nicht weitergereicht werden.

Die Spartengewerkschaft Bochumer Bund kritisiert gegenüber der FR eine „groteske“ Situation: „Ein Verbot der Leiharbeit würde lediglich ein Symptom bekämpfen, nicht aber die Ursachen“, sagte ein Sprecher. Die 2020 gegründete Gewerkschaft für Pfleger:innen fordert stattdessen unter anderem ein Einstiegsgehalt von 4500 Euro. „Wenn die Politiker:innen glauben, sie können Pflegenden, die aus gutem Grund in Leasingfirmen ausgewandert sind, einfach durch Verbote zurückgewinnen, sind sie auf dem Holzweg.“ Eine Begrenzung der Leiharbeit werde nur zu noch weniger verfügbaren Pflegekräften führen.